

Astakonzert der Hochschulgruppe "Die Partei A.U.L.D." an der Universität Siegen



Ausgangssituation

Die Situation, in der sich das Stupa und der Asta als zentrale politische Organe befinden, ist eine legitimatorische Dauerkrise. Es wäre nicht überraschend, wenn die Universitätsleitung dem Stupa, als Reaktion auf diese Zustände, die Finanzhoheit entzieht oder in naher Zukunft weitere Kompetenzen beschneidet, mit Verweis auf die völlig dysfunktionalen Strukturen.

Politisch gesehen waren beide Institutionen dazu gedacht, einen Beitrag zur Demokratisierung aller gesellschaftlicher Bereiche der Universität zu leisten. Dazu werden alle Studenten einer Uni zu einem Wahlkreis zusammengefasst. Diese wählen dann politische Gruppen oder Einzelpersonen in das Studentenparlament, in welchem dann eine mehrheitsfähige Liste oder Koalition den Asta stellt, basierend auf dem demokratischen Grundverständnis, sodass jede Entscheidung durch Vertreter einer Mehrheit der Studierenden getragen werden muss.

Der Asta sieht sich in dieser Position selbst als: „*Deine Vertretung innerhalb und außerhalb der Hochschule*“ (Quelle: FB Seite Asta Uni Siegen). Der zentrale Begriff in diesem Kontext ist der der Vertretung. Die Studierendenschaft wählt nach abgeschlossener politischer Willensbildung eine oder mehrere Gruppen, die sie sowohl nach innen als auch nach außen vertreten. Die Legitimation für die Repräsentation der eigenen Wählerschaft, also letztlich die Machtposition, ist die Wahlbeteiligung. Diese Basis gilt universell für alle politischen Gruppen, die im institutionellen Rahmen von Stupa und Asta Hochschulpolitik betreiben wollen. Wer sich in diesem Rahmen engagiert und eine eigene institutionelle Machtposition einfordert, muss sich zwangsläufig an diesen Rahmen halten.

Diese Basis der Legitimation von Macht durch Wahlen ist ein grundlegendes Verfassungsprinzip, welches auf allen Ebenen den Rahmen für demokratische Herrschaft stellt.

Wenn diese Legitimation de facto nicht existent ist (95% Nichtwähler*innen) existiert -keine- Legitimation zur demokratischen Vertretung aller, welche die Vertretung in jetziger Form rechtfertigen würde.

Auch der Verweis, dass der administrative Akt der Wahl formell richtig war und somit der Legitimation genüge getan wurde, kann so nicht stehengelassen werden. Zumal es schon einer sehr kruden Argumentation bedarf, um bei einer absoluten Mehrheit der Nichtwähler*innen noch auf die Freiwilligkeit der Stimmabgabe und damit die angebliche Gültigkeit des Wahlergebnisses zu verweisen.

Denn schließlich ist es genau das: ca. 17.000 mündige Wahlberechtigte haben sich gegen die Stimmabgabe und damit gegen die Angebote und zur Wahl stehenden Listen entschieden.

Stattdessen wird diese Lage konsequent, unter Verschweigen der Beteiligung und des damit nicht repräsentativen Charakters, ausgenutzt. Stellungnahmen zu diesem Problem oder eine ernstzunehmende Artikulation dieses Kernproblems sucht man in den anderen Astakonzepten vergebens.

Nach dem jährlichen 2-Wöchigen Agitationstrubel rund um die Wahlen, incl. Glühwein und veganer Kekse, steht dann der Rückgriff auf das nicht eingelöste Ideal der Demokratisierung aller Lebensbereiche, unter Verweis darauf, dass dieser prinzipielle Wert höher zu sehen sei, als seine Einlösung im Realzustand.

Zwar kann niemand leugnen, dass einige Fachschaften wohl durchsetzt sind mit Personen, welche nicht wissen, dass es eine Verfasste Studierendenschaft gibt oder was sie tut, die daraus resultierende politische Praxis, auch mit ein paar hundert Wählern den gesamtpolitischen Anspruch aufrecht zu erhalten, da man ja schließlich auch für das Heer der nichtwissenden Nichtwähler arbeitet, lehnen wir entschieden ab.

Alle demokratiethoretischen Ideale außer Acht lassend, müsste es doch schon ein rein finanzielles Interesse der Studentenschaft daran bestehen, die Hochschulpolitik zumindest durch das Abgeben eines Wahlzettels mitzubestimmen. Von den 239,40 € gehen schließlich nur 90,50 € nicht auf Entscheidungen des Asta und Stupa zurück. Anders gesprochen: die Entscheidungen der verfassten Studentenschaft machen weit mehr als die Hälfte des Semester für Semester anfallenden Betrages aus.

Das trotzdem kein Interesse der Studentenschaft besteht, verwundert dann um so mehr als das dies in Deutschland geschieht, einem Land in dem der Bund der Steuerzahler als Menschenrechtsorganisation gilt.

Auch an der Wahrnehmbarkeit von Asta und Stupa kann dies nicht liegen.

Eine unvollständige Liste aktueller und zurückliegender Beispiele medialer Wahrnehmbarkeit:

- Die in vielen Studiengängen gut besuchten Erstsemestereinführungen, in denen das Konzept der VS eingehend erläutert wird (wenn auch oft vor dem Interesse der Wählergewinnung)
- CampusTV hatte lange Zeit eine Talkrunde aller hochschulpolitischen Gruppierungen wo diese ihr politisches Programm vortragen konnten, dies wurde in der Cafeteria auf Großleinwand übertragen. Deutlich höher war die Wahlbeteiligung auch damals nicht.
- Berichte, Meinungen und Stellungnahmen des Asta und einzelner Gruppen finden sich in allen großen regionalen und hochschulinternen Medien. Überregional berichten Medien wie der Uni Spiegel regelmäßig über einzelne Asten.
- Jeder der nicht mit Scheuklappen durch die Uni läuft müsste zumindest in Wahlkampfzeiten die einzelnen Gruppierungen wahrnehmen können. Unmengen an Hochglanzplakaten kann nun wirklich niemand übersehen.
- Ein Wiedererkennungswert der einzelnen Gruppen ist schon daraus gegeben, dass fast alle studentische Ableger der Volksparteien sind.
- Der Monitor im Mensafoyer ist ebenfalls wahrnehmbar, genau wie die in unregelmäßigen Abständen in der Mensa ausliegenden Elaborate einzelner Gruppen oder Institutionen.
- Auseinandersetzungen wie z.B. über die Unicard oder das NRW Ticket sind für den Alltag an der Uni und für den Fakt, dass Siegen eine Pendleruni ist, essentiell. Eine Wahlbeteiligung die auch nur die 50% ankratzen würde existierte trotzdem bei beidem Auseinandersetzungen nicht. Auch wenn es wie im Fall des NRW Tickets doch auch hier um den Geldbeutel der Studenten ging.

Außerdem darf von mündigen Bürgern erwartet werden, dass sie sich für die politischen Prozesse die sie selbst betreffen und um sie herum stattfinden interessieren. Trotz alledem ist die Wahlbeteiligung als Legitimationsbasis seit Jahren so gering, dass selbst 75% Nichtwähler einer politischen Revolution gleichkommen würden.

Die Frage die sich nun stellt, ist: *Wie ist damit umzugehen? Und was sind die Gremien Asta und Stupa denn dann mittlerweile?*

Ganz nüchtern betrachtet, handelt es sich um eine Vorfeldinstitution der Regional-, Kommunal-, Landes-, Bundes und Europaparlaments. Nachwuchspolitiker der großen Parteien erhalten dort in einem für sie relativ gefahr- und konsequenzenlosen Rahmen, die Möglichkeit, sich das Rüstzeug für kommende Weihen anzueignen und sich zu beweisen.

Dann darf auch mal eine sozialdemokratische Hochschulgruppe – nach Angaben der liberalen Hochschulgruppe – versuchen die LHG, mit dem Versprechen den Stupasprecher stellen zu dürfen, zu kaufen.

Dann dürfen auch mal zehntausende Euros für defizitäre Unternehmen und Unternehmungen verblasen werden, ohne das dies irgendwelche Konsequenzen hat. Da kann man sich dann selbst als oberste antisexistische Sittenwächter inszenieren bei der Bandauswahl zum eigenen Sommerfest aber Fünfe gerade sein lassen.

Zusätzlich kann von jedem eingeübt werden, ohne jedes politisches Verständnis oder theoretisches Wissen trotzdem medial aufarbeitbar Phrasen abzusondern, die dann als politische Standpunkte rezipiert werden können. Die Liste liesse sich beliebig fortführen.

Letzten Endes bleibt nur eine durch die Studierendenschaft finanzierte Spielwiese für Nachwuchspolitiker. Und das haben deutlich mehr Studierende erkannt, als man sich im gemütlichen Rahmen der "Insider", also der <100 Aktiven, eingestehen will.

Und im Lebenslauf macht es sich letzten Endes doch auch ganz gut, sich mal „sozial und politisch engagiert“ zu haben. Vom Vorteil bei der Bewerbung um Stipendien der verschiedenen Stiftungen ganz abgesehen. Trotz aller Legitimationsprobleme lohnt sich Hochschulpolitik also und zwar als Zusatzqualifikation im kapitalistischen Konkurrenzsystem.

Dies bezieht sich nicht nur auf spätere politische Ämter, auch in der freien Wirtschaft ist dies von Vorteil. Wer einmal die hochschulpolitischen Gremien durchlaufen hat, den schreckt auch kein Meeting mehr.

Linke Gruppierungen stellen hier noch einmal einen Sonderfall dar, da diese meinen tatsächlich „etwas verändern“ zu können. Zusätzlich betreiben sie Trittbrettfahrerei, wo immer sie meinen politische Wirkungsmacht oder auch nur Gehör finden zu können, da ihnen jeder gesamtgesellschaftliche Adressat fehlt, den man für ihr Programm begeistern könnte. Und Analyse und Kritik als politische Praxis sind wohl auf die Dauer auch zu anstrengend, würden sie ja ein Überschreiten der eigenen identitären Position implizieren.

Insgesamt steht es also so schlecht wie noch nie um die politische Legitimation und den Zustand der Siegerner Hochschulpolitik. Dies wird sich unserer Meinung nach auch nicht durch einen Austausch der institutionellen Akteure verbessern, wir sehen stattdessen den einzigen Sinn die bisherigen Strukturen so zu transformieren, dass der politische Legitimationskonflikt wegfällt. Nur so kann ein Weiterbestehen der Siegerner VS gesichert werden.

Neuorganisation - Konzept der PARTEI A.U. L.D.

Wie bereits beschrieben gibt es keinerlei Legitimation ein politisches Mandat wahrzunehmen, geschweige den ein allgemeinpolitisches, dasselbe gilt für Vertretungsansprüche nach außen. Da für diese Aufgabe kein Mandat besteht, werden die entsprechenden Referate und Projektstellen ersatzlos wegfallen.

Die Aufgabe eines Asta ist ausschließlich das Sozialreferat zum Wohle der Studierendenschaft zu leiten und ansonsten die Geldverteilung an studentische Initiativen, autonome Referate und Fachschaftsräte zu garantieren.

Das heißt am Ende der Umstrukturierung wird der Asta nur noch aus Vorsitz, Kasse und Sozialreferat bestehen, alles andere fällt weg. Das Sozialreferat bleibt deshalb bestehen, da es nachweislich der einzige Teilbereich des Asta ist, der eine nachweisliche Frequentierung und Beachtung durch die Studierendenschaft erhält. Es muss die Frage gestellt werden, warum ein Asta Referate wie "Politische Bildung" oder "Kultur" betreibt, die es trotz verschiedenster Veranstaltungen nicht schaffen, der verfassten Studierendenschaft eine Außenwirkung zu verschaffen, die sich auch in der Höhe der Wahlbeteiligung niederschlägt.

Der Legitimationskonflikt ist unserer Meinung nach nur lösbar, wenn dafür keine Liste im Stupa mehr den Asta stellt. Stattdessen sollen diese Stellen, wie jeder andere Job auch, ausgeschrieben werden und das Stupa als eine Art Personalchef über die Einstellung der entsprechenden Kandidaten sowie deren Arbeitsaufträge entscheiden.

Das Stupa übernimmt sozusagen die Aufgaben eines erweiterten Betriebsrates und bekommt so erneut einen Teil seiner politischen Legitimität wieder, indem sich nun nicht etwa mehr als alle Studierende repräsentierendes Gremium versteht, sondern sich stattdessen als erweiterter Betriebsrat sieht, der in diesem Sinne auch die Kassenprüfung vornimmt und bei Einstellungen oder Entlassungen ein Mitspracherecht hat.

Da keinerlei politisches Mandat besteht kann auch die bisherige Arbeitsstruktur aus Angestellten Referenten und Projektstellen gestrichen werden. Alle im zukünftigen Asta tätigen Menschen erhalten befristete und sozialversicherte Arbeitsverträge.

Es werden keine Aufwandsentschädigungen wie für Referenten mehr gezahlt, sondern nur noch Gehälter. Mit dem Abschaffen der Aufwandsentschädigungen zu Gunsten angemessener Gehälter möchten wir auch einen entschiedenen Beitrag dazu leisten Privilegien abzubauen.

Durch das jetzige System der Aufwandsentschädigungen, die mehr einen symbolischen Wert haben, als den einer Entlohnung die sich an den arbeitenden Menschen orientiert, werden gesellschaftlich bestehende Ausschlussmechanismen reproduziert. Wer sich bisher in der verfassten Studierendenschaft engagierte hatte in vielen Fällen stets die Sorge, dass der zusätzliche Aufwand sich in einer erhöhten Semesterzahl, auslaufenden Studiengängen, der Höchstdauer der Zahlung des Bafögs oder Stipendiums niederschlug. So sind Studierende aus sozial besser gestellten Familien durch das nicht-angewiesen sein auf bspw. Bafög gegenüber anderen im Vorteil, diese entstammen dann in der überwiegenden Mehrheit der weißen, meist heterosexuellen, bildungsaffinen Mittel- und Oberschicht. Wer dieser nicht entstammt steht bei einem Engagement vor der Entscheidung sich im Zweifel bei der Bank zu verschulden oder durch andere Nebenjobs die Unterbezahlung der Asta Tätigkeit auszugleichen. Der Asta reproduziert durch die nicht angemessene Bezahlung der Tätigkeit in diesem Gremium also gesamtgesellschaftliche Ausschlussmechanismen wie Rassismus, Sexismus und Klassizismus. Diese Privilegien entfalten dann zusätzliche Wirkung wenn parteigebundene Hochschulpolitiker ihr in der verfassten Studierendenschaft erlerntes Rüstzeug in Parteien und der realen Politik einbringen können. So werden bestehende Machtstrukturen manifestiert.

Das Gerede davon, dass es sich ja um eine ehrenamtliche Tätigkeit handelt, ist ebenfalls Quatsch, eine ehrenamtliche Tätigkeit ist keine zu der eine zum Wahlkreis zusammengefasste Menschengruppe Zwangsabgaben leisten muss und durch diese repräsentiert wird. Es handelt sich stattdessen um Ämter die im Rahmen der repräsentativen Demokratie angelegt sind. Dies kann sicherlich mit Dackelzüchtern und Schützenvereinen verglichen werden, vergisst aber das die Mitgliedschaft in diesen fakultativ ist und diese auch nicht in Anspruch nehmen, dass z.B. der Schützenkönig das gesamte Dorf repräsentiert, wie der Asta meint die Studierendenschaft repräsentieren zu können.

Verhältnis Stupa und Asta

Das Stupa wählt den Vorsitzenden und den Kassenwart nach erfolgreicher Bewerbung ebendieser. Die Auswahlkriterien werden vorher im Stupa verhandelt.

Bei den weiteren Anstellungen hat der Vorsitzende und das Stupa nach Mehrheitsentscheid ebenfalls ein Vetorecht.

Das Stupa nimmt den Tätigkeiten des Asta gegenüber eine Kontrollfunktion und eine Weisungsfunktion für die Auszahlung von Geldern ein, die im Stupa vorher bewilligt werden müssen.

Bei der Geldvergabe hat der Asta Vorsitzende kein Vetorecht.

Das Stupa wählt den Kassenprüfungsausschuss.

Sozialreferat

Das Sozialreferat wird auf insgesamt 6 volle Stellen aufgestockt.

3 davon in Vollzeit (20 Stunden pro Woche)

6 davon als halbe Stellen (10 Stunden pro Woche)

Aufgaben sind neben den bisherigen Tätigkeiten:

Das Betreiben der Wohnungsbörse und das Einrichten einer Jobbörse auf der Arbeitgeber ihre Angebote nach vorheriger Prüfung veröffentlichen können.

Das kostenlose Beglaubigen von Kopien.

Ein Einstellungskriterium soll sein, dass eine Beratung auch in den Sprachen Französisch, Spanisch, Portugiesisch und Russisch auf lange Sicht möglich ist.

Das sichere beherrschen der englischen Sprache wird vorausgesetzt.

Die Angestellten haben das Recht und die Pflicht Fortbildungen auf Kosten der verfassten Studierendenschaft zu besuchen.

Die Angestellten des Sozialreferats verfügen selbstverständlich über volle Arbeitnehmerrechte, sollte der Asta Vorsitzende diese versuchen einzuschränken ist der/die Asta Vorsitzende/r fristlos zu entlassen.

Antidiskriminierung

Die bisherige Praxis der Antidiskriminierung kann als nichts anderes denn als Ablasshandel beschrieben werden. Wenn zwar stundenlang an der vermeintlich legitimen Art und Weise rumgedoktort werden kann, wie etwas politisch korrekt zu benennen sei, also Realität zu bezeichnen ist, anstelle diese zu beeinflussen, dann läuft etwas falsch.

Auch das permanente Bestehen auf quotierten Redelisten geht in diese Richtung. Einer Praxis der im übrigen der Gedanke zu Grunde liegt, Emanzipation sei ein administrativer Akt, also im Kern schon etatistisch angelegt und damit letztendlich in das genaue Gegenteil von Emanzipation umschlägt.

Wir möchten folgende These dazu ins Gespräch bringen, wenn Menschen anderen Menschen gegenüber durchsetzungsfähiger oder rhetorisch begabter sind, dann zeigt dies nur, dass diese bisher erfolgreicher waren. Emanzipation kann nicht heißen, diesen erfolgreicher Menschen ihre bisherige Praxis auf die Metaebene zu verlegen, also ein politisch korrektes Gewand zu verleihen, sondern den Menschen die nicht über diese Fähigkeiten und Werkzeuge verfügen diese versuchen zu vermitteln.

Die bisherige Praxis sorgt nicht etwa wie gedacht für Freiräume, sie verfestigt stattdessen bisher bestehende Ausschlussmechanismen, da der gesamte Apparat der zwischenmenschlichen Grausamkeiten in ihm ja offiziell "abgeschafft" wurde, diese aber trotzdem fortbestehen.

Das Ziel einer emanzipatorischen Politik kann also nicht sein, Privilegien (ein Begriff der im Übrigen keine ernsthafte Definition zulässt ohne das in der kapitalistischen Verwertungslogik angelegte Fantasma des "verdienten" und "unverdienten" zu reproduzieren und somit seinen Ursprung nicht etwa im konkreten Verhalten der Individuen untereinander hat, sondern in der Spekulation über dieses) für die einen abzuschaffen, sondern im Gegenteil diese allen Menschen an die Hand zu geben.

"Wenn nicht Rechte erkämpft werden, sondern Privilegien gestrichen, ist das Eichmaß des gesellschaftlichen Fortschritts nicht gewonnene Freiheit, sondern möglichst gleichmäßig verteilte Repression." (Leo Fischer in Konkret 10/13)

Gerade von linker Seite erfährt dieser Gedanke leider immer wieder eine Ablehnung da er über einen etatistischen Paternalismus gegenüber Menschen hinausgeht und stattdessen lediglich fordert diesen die Möglichkeit zur eigenen Emanzipation zu geben.

Ein Grund warum dies grade von grün-sozialdemokratisch-linksdeutscher Seite abgelehnt wird, sehen wir darin, dass wohl keine Möglichkeit besteht dies identitär sprachlich aufzuladen und sich so verbal als moralisch besser zu inszenieren. In diesem Sinne soll eine der Aufgaben des Sozialreferats sein, z.B. Rhetorikkurse und Bewerbungstrainings (z.B. für Menschen, deren Muttersprache nicht deutsch ist) zu bieten.

Diese haben kostenlos für die Teilnehmenden zu sein, die Kosten trägt die verfasste Studierendenschaft.

Satzungen

Die Satzungen der verfassten Studierendenschaft sind an die Veränderungen umfassend anzupassen. Dieses Konzept setzt an sich selbst nicht den Anspruch alle Probleme sofort zu lösen, soll jedoch eine Basis schaffen, auf der man die VS reformieren kann, um direkt auf die dringenden Probleme einzugehen.

Schlusswort

Eine Fortführung des bisherigen Modells, unter den herrschenden Bedingungen, namentlich einer Legitimation von weniger als 3% der Studierendenschaft, ist in keiner Weise zu rechtfertigen oder zu verantworten. Jede Aktion, selbst wenn man die besten Absichten unterstellen möchte, stellt einen nicht legitimierten und damit einen willkürlichen Akt da, welcher als solcher auch wahrgenommen wird und damit im Endeffekt der VS schadet.

Die niedrige Wahlbeteiligung und die fehlende kritische Öffentlichkeit weiterhin derart schamlos auszunutzen wird zwangsläufig, auf kurze oder mittlere Dauer, das Ende der Verfassten Studierendenschaft in Siegen bedeuten.

Da noch (!) keine Kompetenzen beschnitten wurden, wäre noch Zeit das Modell der VS anzupassen. Die bewusste Vertuschung der Probleme bei der Wahlwiederholung hat einen dritten Wahlgang verhindert und somit vorerst den Untergang abgewendet.

Jedoch sind wir fest davon überzeugt, dass jedes Stupa bekommt was es verdient und die Quittung für das konsequente Ignorieren der realen Umstände, auch ganz ohne unser zutun, garantiert folgen wird.

Eure Partei A.U. L.D.